



Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg

E-Mail: ggae@gmx.at Web: www.atomgegner.at
KONTAKT: Stiftgasse 8, 1070 Wien



www.atomgegner.at

Nr. 1 / März 2021

www.prodemokratie.com

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

10 Jahre nach der Atomkatastrophe von Fukushima:

Die todbringende Atommafia ist weiter am Werk!

Vor 10 Jahren, am 11. März 2011, überrollte eine 15 Meter hohe Tsunami-Welle die 5,7 Meter hohe Schutzmauer der AKW-Anlagen von Fukushima im Nordosten Japans. Das Ergebnis des bislang verheerendsten Atom-Super-Mega-GAUs: Rund 20.000 Menschen starben sofort. Hunderttausende Menschen wurden radioaktiv verseucht und flüchteten, zahllose „Aufräumarbeiter“ wurden rücksichtslos verstrahlt. Die nach wie vor hohe radioaktive Strahlung und die erhöhte Krebsrate werden von der Regierung geleugnet. Mit Hilfe der Gerichte putzen sich der Atomkonzern TEPCO und die Regierung ab.



Knapp ein Monat vor dem 10. Jahrestag hat ein neuerliches Erdbeben der Stärke 7,3 die Region Fukushima erschüttert und war bis nach Tokio zu spüren. Gemäß der nationalen japanischen Meteorologie-Behörde handelte sich bei dem Erdbeben um ein Nachbeben (!) des schweren Seebebens der Stärke 9,0 vom 11. März 2011. Laut der Atombetreiberfirma von Fukushima, TEPCO, sei durch das neuerliche Beben kein weiterer Schaden an den havarierten AKWs und keine Radioaktivität ausgetreten. Kurz darauf musste TEPCO zugeben, dass in zwei Reaktionen (Block 1 + 3) von Fukushima die Kühlwasserstände deutlich abgesunken sind, also die Blöcke durch das Erdbeben beschädigt wurden und Kühlwasser ausrinnt. Im Block 2 wurde nichts festgestellt, weil es darin keine Messindikatoren mehr gab. Das heißt, es muss noch mehr Kühlwasser als zuvor eingepumpt werden, um

eine Kernschmelze zu vermeiden. Das bedeutet auf der anderen Seite, dass noch mehr radioaktiv verseuchtes Wasser als zuvor in Tanks aufgefangen werden muss. Die bislang vorhandenen Tanks dafür fassen angeblich bis zu 1,37 Millionen Tonnen und sind im Sommer 2021 voll. Deshalb plant TEPCO und Regierung verseuchtes Wasser ins Meer abzulassen. Proteste in Japan und auf der ganzen Welt haben das bisher verhindert.

Seit dem Super-GAU von 2011 versuchen TEPCO und die japanische Regierung gemeinsam die Katastrophe selbst und die schwerwiegenden Folgen zu verharmlosen oder einfach zu verschweigen. Ebenso die internationale Atommafia von den AKW-Erbauern, den Betreiberfirmen, der EU (EURATOM) über die USA (aus der die Fukushima-Reaktoren stammen) und die IAEA (Internationale Atomenergieagentur). Diese IAEA hat ihren Sitz in Wien (!), obwohl Österreich bereits 1978 per Volksabstimmung die Atomenergie abgelehnt hat und seit 1999 dies auch in einem Atomsperrgesetz verankert ist!

Was möglichst nicht ins breite Bewusstsein der Öffentlichkeit dringen soll ist unter anderem:

- **bis zu 400 Tonnen schwer kontaminiertes Grundwasser täglich** liefern seit 2011 ungefiltert ins Meer
- **Weit über eine Millionen Tonnen radioaktiv verseuchte Abwasser** sollen in den Pazifik geleitet werden. Laut Angaben der japanischen Regierung ist das „eine sichere Methode, da sie auch bei normalen Atomreaktoren angewandt werde“. Die Berufung auf die übliche Praxis beim Betrieb „normaler“ AKWs einfach radioaktive Abfälle in die Umwelt abzuscheiden ergibt ein deutliches Bild für das perverse und menschenverachtende Weltbild dieses Industriezweigs. Diese Praxis wird jedoch von der Interessenvertretung der weltweiten

Atomlobby, der IAEA mitgetragen und unterstützt!

- **Radioaktive Verseuchung der Biosphäre:** Da trotz Informationsstopp Messwerte an die Öffentlichkeit gelangten, musste TEPCO zugeben, dass das Filtersystem ALPS (Advanced Liquid Processing System) mehrere radioaktive Substanzen (Tritium, Jod-129, Ruthenium-106 und Technetium) **n i c h t** aus dem Abwasser filtert. Einige davon **überschreiten die Grenzwerte** um ein Vielfaches, andere bewegen sich knapp an den Grenzwerten.
- **Profit statt Gesundheit:** Die EU hat wegen des damals schon im Geheimen praktisch fertig ausgehandelten Handelsvertrags mit Japan unmittelbar nach der AKW- Katastrophe von Fukushima, die Grenzwerte für Lebensmittel, welche schon nach dem AKW-GAU von Tschernobyl 1986 angehoben worden waren, weiter angehoben. Seit 26. März 2011 dürfen Lebensmittel aus Japan in die EU eingeführt werden, wenn dafür ein Zertifikat der japanischen Behörden vorliegt, das die Unbedenklichkeit der Produkte bestätigt. Höhere Grenzwerte als im Vergleich zur „Tschernobyl-Verordnung“ hat die EU- Kommission für Japan für die Hauptbelastung durch Elemente Cäsium-134 und Cäsium-137 festgesetzt. Das Handelsabkommen EU-Japan (JEFTA) wurde 2018 still und heimlich unterzeichnet.
- **Der Fisch beginnt beim Kopf zu stinken:** Obwohl in Österreich Fische aus dem Pazifik als nicht mit radioaktivem Cäsium belastet gelistet sind, zeigten bereits Anfang 2016 Meereswasserproben an der Westküste Amerikas, dass das Wasser Fukushima-Cäsiumisotope enthält. Auch in Kanada wurden verseuchte Fische analysiert. **Das heißt für die EU und Österreich – und vor allem für unsere Gesundheit: Entweder die Messmethode ist falsch oder diese Art des Messens hat Methode.**

In Österreich gibt es in Folge des dem Atom-Nein-Volksentscheid von 1978 seit 1999 das „Bundesverfassungsgesetz für ein atomfreies Österreich“ (BGBl. Nr. 149/1999). Es besagt:

§ 1. In Österreich dürfen Atomwaffen nicht hergestellt, gelagert, transportiert, getestet oder verwendet werden. Einrichtungen für die Stationierung von Atomwaffen dürfen nicht geschaffen werden.

§ 2. Anlagen, die dem Zweck der Energiegewinnung durch Kernspaltung dienen, dürfen in Österreich nicht errichtet werden. Sofern derartige bereits bestehen, dürfen sie nicht in Betrieb genommen werden.

§ 3. Die Beförderung von spaltbarem Material auf österreichischem Staatsgebiet ist untersagt, sofern dem völkerrechtliche Verpflichtungen nicht entgegenstehen. Von diesem Verbot ausgenommen ist der Transport für Zwecke der ausschließlich friedlichen Nutzung, nicht

jedoch für Zwecke der Energiegewinnung durch Kernspaltung und deren Entsorgung. Darüber hinaus sind keine Ausnahmegenehmigungen zu erteilen.

https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Erv/ERV_1999_1_149/ERV_1999_1_149.pdf

Die Formulierungen „völkerrechtliche Verpflichtungen“ und „friedliche Nutzung“ in § 3 sind vor allem auf die EU/EURATOM und die IAEA gemünzt, damit diese weiterhin das internationale tödliche Geschäft der Atomlobby auch von Österreich aus betreiben kann. Daher gilt umso mehr im Sinne des Atom-NEIN-Volksentscheids der Österreicher*innen:

- **Keinen Cent für Atomforschung, keinen Cent für EURATOM oder IAEA**
- **Österreich raus aus EURATOM und IAEA!**
- **IAEA raus aus Österreich!**

Das sicherste AKW ist das nicht gebaute AKW, bzw. das vor einer Inbetriebnahme (siehe Zwentendorf) oder vor einer Atom-Katastrophe stillgelegte AKW!

*

Werte Leser*innen!

Wir befinden uns nun schon im zweiten Jahr der Pandemie, ihre Folgen bzw. vor allem deren Handhabung durch die herrschende Politik haben unser Leben verändert, eingeschränkt bzw. wesentlich verschlechtert. Die sogenannte „neue Normalität“ bedeutet für einen großen Teil der Bevölkerung Arbeitslosigkeit und existenzielle Bedrohung.

Wir schätzen und brauchen die Rückmeldungen, Meinungen unserer Leser*innen und wollen mehr davon. Wir wollen von mehr unserer Leser*innen hören bzw. lesen, wie für Sie/Euch das Jahr 2020 war, welche Erfahrungen, welche Veränderungen Sie gemacht haben/ihr gemacht habt.

Was sagen Sie/sagt Ihr zum politischen Geschehen in unserem Land heute. Was ist Ihnen/Euch in Zeiten wie diesen wichtig, welche Ideen haben Sie/habt Ihr, wie reagiert werden sollte.

*Weiters ist uns wichtig zu erfahren, was Sie/Ihr zu unserer Zeitung sagen/sagt bzw. was Ihnen/Euch wichtig erscheint in Zeiten wie diesen. Schreibt uns, schickt uns E-Mails an: **ggae@gmx.at***

Wir freuen uns, mit Ihnen/Euch in einen Dialog zu treten!